

***Linke- Fraktion***

im Tübinger Stadtrat

Gotthilf Lorch, Gitta Rosenkranz, Felix  
Schreiber, Gerlinde Strasdeit, [strasdeit@t-](mailto:strasdeit@t-online.de)

[online.de](mailto:strasdeit@t-online.de), Tel. Tü 21534, Frischlinstr.7,

72074 Tübingen

Gemeinderat 7.3.2016

**Antrag:**

**1. Die Verwaltung wird aufgefordert den Arbeitsaufwand der Fachabteilung Bürgeramt / Ausländeramt zu erläutern.**

**2. Die Verwaltung wird aufgefordert den Arbeitsaufwand im Bereich Bürgerdienste/Standesamt zu erläutern.**

**3. Die Verwaltung benennt die notwendigen Personalstellen, damit der Gemeinderat die Gelegenheit hat, über einen möglichen Stellenaufbau zu beraten.**

**Begründung:**

**Unser Antrag richtet sich nicht gegen die Beschäftigten, im Gegenteil.**

Der Gemeinderat muss informiert werden über höhere Belastungen und die reale Personalsituation. Die öffentlich bekannt gegebenen Einschränkungen von Öffnungszeiten in der Fachabteilung Bürgeramt/Ausländeramt und im Bereich Bürgerdienste/ Standesamt wurden weder dem Ältestenrat noch dem Gemeinderat vorher erläutert. Die Gelegenheit für eine Beratung über einen notwendigen Stellenaufbau muss im Gemeinderat möglich sein. Bei der Haushaltsberatung bis zum 18.1. wurde trotz unserer Anfragen nicht auf die Situation hingewiesen. Am 17.2. dann, unmittelbar nach dem SPIEGEL Interview des Oberbürgermeisters, gab es aus dem Rathaus die Botschaft, man müsse wegen des „zeitraubenden“ Aufwands der Flüchtlinge Öffnungszeiten einschränken. Wieder keinerlei Unterrichtung des Gemeinderats.

Deshalb liegt die Schlussfolgerung nahe, der OB wollte panikmachende Aussagen im SPIEGEL mit Einschränkungen für die Tübinger Bürger untermauern. Der Gemeinderat kann aber nicht hinnehmen, dass die Verwaltung dazu instrumentalisiert wird, die medialen Botschaften des OB zeitnah zu untermalen. Unsere Befürchtung ist: Wenn aus politischen Motiven der falsche Eindruck erweckt wird, die Verwaltung könne wegen der Flüchtlinge wichtige Leistungen wie das Standesamt für die Bevölkerung nicht wie bisher aufrechterhalten, züchtet man Ausländerfeindlichkeit und Rassismus (Flüchtlinge werden zu „Zeiträubern“). In Nachbarstädten gab es solche Maßnahmen unseres Wissens nicht. Die alten Öffnungszeiten sollten baldmöglichst wieder hergestellt werden.

Für die Linke-Fraktion  
Gerlinde Strasdeit